

Überholens der Industrienationen. Und so wichtig viele der weltwirtschaftlichen Neuüberlegungen auch sind, die in den vergangenen Jahren auf Konferenzen vorgelegt und diskutiert wurden, so sehr setzt sich doch allmählich auch die Überzeugung durch, daß andere Aufgaben ebenso dringend, wenn nicht sogar dringender sind. Es geht um die Verbesserung der Lebenssituation der überwiegenden Mehrheit der Menschen in den Entwicklungsländern, um eine Befriedigung von deren Grundbedürfnissen wie Ernährung, Kleidung, Unterkunft, um eine Überwindung des hinderlichen nationalstaatlichen Denkens, um einen Abbau von Abhängigkeiten innerhalb der Länder durch veränderte Marktbedingungen, um eine Entschärfung des Verhältnisses von „Elite“ und Masse, um ein Aufhalten des weiteren Zerfalls von Sozialstrukturen. Solange die Städte als Magneten wirken und das Land entvölkern, solange selbst die agrarische Produktion nur auf den Export ausgerichtet ist und solange die Absolventen von Hochschulen nicht in ihren Heimatländern, sondern in den Zentren der ehemaligen Kolonialmacht ihr Glück suchen, läßt sich wohl kaum eine angemessene Entwicklung errei-

chen. Wichtig ist aber auch eine Rückbesinnung auf die eigene Tradition und auf die Bedeutung der im Übermaß vorhandenen Arbeitskraft. All dies sind Ansätze für ein Konzept, das nicht wie früher eine Anhäufung von Wohlstand und Glück verspricht, sondern viel bescheidener, aber wirksamer, eine Minderung der Not und eine Steigerung der Fähigkeit zur Selbsthilfe in Aussicht stellt.

Überall ist von neuen Prioritäten die Rede. Selbstkritik der Entwicklungsländer ist stärker als früher vernehmbar, Entwicklung als bloße Nachahmung ist in Frage gestellt, die Rückbesinnung auf die eigene Kultur und eigene Werte tritt als Konkurrenz zum westlichen Modell auf. Wachstum ist nicht länger *das* Kriterium der Entwicklung. Hilfe für neue Modelle an der Basis ist ebenso notwendig wie unsere Einsicht in die Zusammenhänge. Mehr als je zuvor kommt deshalb gerade den kirchlichen Hilfswerken „Miserere“ und „Brot für die Welt“ Bedeutung zu. Sie können mit Kleingruppen zusammenarbeiten, Selbsthilfe anregen und eine den ganzen Menschen umfassende Entwicklung fördern.

Norbert Sommer

Vorgänge

Päpstliche Friedensmahnungen zur Jahreswende

Die Äußerungen Papst Pauls VI. zu Weihnachten und zur Jahreswende standen dieses Jahr ganz im Zeichen des Friedens und der Absage an alle Formen von Gewalt. Nicht nur die Botschaft zum Weltfriedenstag, der nunmehr schon seit 10 Jahren am 1. Januar gefeiert wird, sondern auch die anderen traditionellen päpstlichen Erklärungen der Weihnachts- und Neujahrszeit hatten in diesem Thema ihre Mitte. Das gilt für die Ansprache vor dem Kardinalskollegium (vgl. *Osservatore Romano*, 23. 12. 77) und die Weihnachtsbotschaft (vgl. *Osservatore Romano*, 27./28. 12. 77) ebenso wie für die Predigt am 1. Januar zum Welttag des Friedens und die Rede vor den Vertretern des beim Heiligen Stuhl akkreditierten Diplomatischen Korps (vgl. *Osservatore Romano*, 15. 1. 78). Fast am stärksten fiel diese Schwer-

punktbildung bei der Audienz für die Kardinäle auf. Der Papst resümierte im Vergleich zu früheren Reden bei derselben Gelegenheit das kirchliche Leben des zu Ende gehenden Jahres nur ziemlich cursorisch; u. a. erwähnte er den Eucharistischen Kongreß Italiens in Pescara, an dem er kurz vor seinem 80. Geburtstag persönlich teilgenommen hatte (vgl. HK, Oktober 1977, 529), den Abschluß der Revision der Vulgata sowie die Vollversammlung der Bischofssynode (vgl. HK, Dezember 1977, 622 ff.), die er ein „unersetzliches Instrument der Zusammenarbeit“ nannte. Demgegenüber ging Paul VI. wesentlich intensiver auf die Präsenz von Kirche und Christen in der Gesellschaft ein, die er als Dienst für Frieden und Gerechtigkeit beschrieb. Die Konzentration auf dieses Thema

hatte zweifellos konkrete Anlässe: zum einen die gerade im vergangenen Jahr zu einer unübersehbaren Gefahr gewachsene Bedrohung des inneren Friedens in westlichen Demokratien durch nationalen und internationalen Terrorismus, zum anderen die gegen Ende des Jahres überraschend aufgetauchte Hoffnung auf eine Beseitigung des Kriegszustandes im Nahen Osten.

Frieden – mehr als Nicht-Krieg

Die Spannung zwischen Besorgnis und Zuversicht, die sich aus diesen Ereignissen ergibt, bestimmte auch die Äußerungen des Papstes, nicht zuletzt – dort in mehr abstrahierter, von den politischen Fakten abgesetzter Form – die Botschaft zum Weltfriedenstag,

der heuer unter dem Motto stand „Nein zur Gewalt, Ja zum Frieden“. Der Papst stellte darin zwei widersprüchliche Phänomene gegenüber. Auf der einen Seite gebe es eine „*fortschreitende Entwicklung des Friedens*“. Die Idee des Friedens gewinne weltweit an Geltung im Bewußtsein der Menschen. Praktisch niemand mehr wage es, den Krieg als Grundlage für Wohlfahrt oder Ruhm auszugeben. Die Helsinki-Konferenz und die nächste Sondersitzung der UN-Vollversammlung über die Abrüstung würdigte der Papst in diesem Zusammenhang als Initiativen zugunsten des Friedens. Auf der anderen Seite gebe es aber eine negative Tendenz, die parallel zur Entwicklung des Friedensbewußtseins verläuft, nämlich die *zunehmende Ausbreitung der Gewalttätigkeit*. „Sie ist Explosion einer blinden Energie, die den Menschen, der sich ihr überläßt, entwürdigt.“ Der Papst machte mehrfach deutlich, daß angesichts der verschiedenen Formen von permanentem Kleinkrieg das Ziel und die Aufgaben des Friedens möglichst umfassend definiert werden müßten.

Natürlich beschwor der Papst zunächst bei den verschiedenen Anlässen die *Absurdität des modernen Krieges* – die, wie er es in der Neujahrsansprache andeutete, bis zur Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen im Weltraum reicht – und warnte davor, sich zu sehr darauf zu verlassen, daß die Angst vor der Furchtbarkeit der Waffen, der eigenen wie derjenigen der anderen Seite, automatisch einen Weltbrand verhindern könne. Auch dieser Gefahr gegenüber brauche es die ständige Arbeit am Bewußtsein und am Gewissen der einzelnen Menschen und der Nationen sowie unausgesetzte politische Anstrengungen auf internationaler Ebene. Ferner dürfe man nicht vergessen, daß der durch die Zerstörungspotenz der modernen Waffensysteme erzwungene Waffenstillstand zwischen den Großmächten noch nicht bedeutet, daß der „Krieg gegen den Krieg“ gewonnen ist, solange in zahlreichen Weltregionen die „traurige Wirklichkeit des begrenzten Krieges“ nach wie vor existiert. Mehr als mit der Ächtung des Krieges

befaßte sich der Papst freilich mit der *Bestimmung des Friedens*. Der Friede sei „eine Wirklichkeit, die dynamisch ist und in jedem Zeitalter der Zivilisation neu hervorgebracht werden muß, so wie das Brot, von dem wir uns nähren, das auch eine Frucht der Erde und der göttlichen Vorsehung, zugleich aber ein Ergebnis der menschlichen Arbeit ist“. „So ist auch der Friede kein Zustand allgemeiner Unbeschwertheit, wo jener, der sich ihrer erfreut, von jeder Sorge befreit und vor jeder Störung sicher wäre und sich ein beständiges idyllisches Wohlergehen erlauben könnte, das eher Trägheit und Hedonismus gleicht als wacher und bereiter Tatkraft. Der Friede ist ein Gleichgewicht, das auf Bewegung beruht und ständig geistige und zur Tat drängende Energien entfaltet.“

Demgemäß stellte Paul VI. seine Aussagen über den Frieden in erster Linie auf den „*friedlichen Aufbau der Gesellschaft*“, auf ein „friedliches Zusammenleben der Menschen“ ab, wie er vor den Kardinälen sagte. Dies bedeutet, daß Friede nicht zuletzt dadurch gesichert werden kann und muß, daß in allen Formen menschlicher Gemeinschaft diejenigen grundlegenden Handlungsziele und Wertvorstellungen respektiert und ihrer faktischen Verwirklichung nähergebracht werden, die menschliches Leben erst menschlich machen: die unverfügbare Würde jedes Menschen, die unveräußerliche Verantwortung des einzelnen, die Freiheit von allen Formen individueller und kollektiver Unterdrückung, die – juristische und soziale – Gerechtigkeit. Diesen „Grundwerten“ schickte der Papst den Hinweis auf das allen anderen voraufliegende Recht auf Leben voraus, womit er sich auf den Weltfriedenstag des letzten Jahres bezog, der unter dem Motto stand „Wenn du den Frieden willst, verteidige das Leben“ (vgl. HK, Januar 1977, 48).

Nein zur Gewalt

Ebenso wie der Papst das Thema Frieden in einem sehr umfassenden Gesamtrahmen ansprach, äußerte er sich

– damit zusammenhängend und zugleich dazu kontrastierend – auch über die Gewalt in gleichzeitig allgemeingrundsätzlicher und möglichst viele faktische Dimensionen einbeziehender Weise. Auch dazu wird in der Friedensbotschaft mehr abstrahierend, in den anderen Texten konkretisierend gesprochen. Die Gewalttätigkeit – so heißt es in der Friedensbotschaft – entspringe einem „Verfall des moralischen Gewissens“. Auch wo sie als „gewalttätige Reaktion“ manchmal „gewisse vernünftige Beweggründe“ besitze, wende sie sich schließlich gegen sich selbst und gegen die Anliegen, auf die sich ihre Initiatoren ursprünglich bezogen. „Die Gewalttätigkeit führt zur Revolution und die Revolution zum Verlust der Freiheit.“

Der *Terrorismus*, der als Anschauungsmaterial hinter solchen Formulierungen steht, wurde mehrmals vom Papst direkt angesprochen. Zu den „dunklen Schatten“, die sich über die Menschheit breiten, zählte Paul VI. bei seinem Jahresrückblick vor dem Kardinalskollegium die „blinde Gewalt“, den „erbarmungslosen Terrorismus, der nach dem utopischen Plan einer aus der Asche der Zerstörung entstehenden Wiedergeburt nur Haß und Ruinen auftürmt“. Als tiefste Ursache für den Weg in die Gewalt machte der Papst den „kleingläubigen Pessimismus“ namhaft, der sich immer mehr als gesellschaftliche Grundstimmung verbreite. Er sprach von der „Traurigkeit der Gegenwart“, von der sich die Christen keinesfalls anstecken lassen dürften, der sie vielmehr die „gute Nachricht“ ihrer Botschaft zu bezeugen hätten. „Ein unüberwindlich trauriger Christ ist kein wirklicher Christ“ (Generalaudienz am 4. 1. 78; vgl. *Osservatore Romano*, 5. 1. 78).

In einer Passage der Neujahrsansprache wies der Papst mit ziemlicher Schärfe auf *gesellschaftliche Defizienzen* hin, die man in Zusammenhang mit dem Aufkommen des Terrorismus sehen müsse. Es gebe „entmenslichende Lebensbedingungen“, die insbesondere unter den Jugendlichen zu Frustrationen führen, die sich schließlich in aggressiven und gewalttätigen Reaktionen entladen können. Manche dieser Reaktionen entstünden aus dem

Protest gegen eine Gesellschaft bloß materiellen Wohlstandes ohne „höhere Ideale, die dem Leben Sinn und Wert geben“. Der Papst stellte die kritische Frage, ob die Jugendlichen, die sich in gewalttätigen Protest verstricken, nicht „Waisenkinder“ seien, die in einer „stiefmütterlichen“ Gesellschaft sich nach einer „mütterlichen“ sehnen.

Es gehörte zu den Leitmotiven der Äußerungen des Papstes, daß er sich direkt an die *Jugend* wandte. Er rief gerade sie wiederholt dazu auf, jegliche Form der Gewalt zu vermeiden, und erinnerte sie an die Aufgabe, „die Denk- und Handlungsweisen der Welt von heute zu ändern“ und der Gesellschaft „das Antlitz einer besseren, gerechteren, solidarischen Gemeinschaft zu geben“.

Unter dem Stichwort Gewalt verurteilte der Papst nicht nur terroristische Verbrechen, sondern brandmarkte ebenso die von gesellschaftlichen und politischen Systemen praktizierte Unterdrückung. In diesem Kontext wiederholte er mit Nachdruck sein Plädoyer für die *Menschenrechte* und forderte die Christen dazu auf, noch mutiger als bisher gegen ihre Verletzung aufzutreten. In der Audienz für die Kardinäle kündigte Paul VI. an, daß er sich in absehbarer Zeit in einem eigenen Dokument zum Thema Menschenrechte äußern werde (1975 gab es dazu bereits eine offizielle Verlautbarung der päpstlichen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden; vgl. HK, Oktober 1975, 488 ff.). Mit besonderer Entschiedenheit wies der Papst beim Empfang für das Diplomatische Korps auf die Verletzung der Menschenrechte hin. Einmal mehr kritisierte er den Widerspruch zwischen Verfassungstexten bzw. internationalen Vereinbarungen und der Praxis in zahlreichen Ländern. Im einzelnen verurteilte er die *Rassendiskriminierung* (mit einem Verweis auf Südafrika, wo der Versuch unternommen werde, „in Verletzung des Prinzips des allgemeinen Wahlrechts und der Selbstbestimmung der Völker eine juristische und politische Grundlage zu schaffen“) und die *Unterdrückung der Religionsfreiheit* aus ideologischen Gründen.

Schließlich bekundete der Papst seine Bestürzung über das Ansteigen der *Folterung* und anderer menschenunwürdiger Behandlungen von Häftlingen. Die menschliche Person sei unverletzbar „von der Wiege bis zum Tod“. Wer deshalb Folterungen oder ähnliche Gewalttaten anordne oder praktiziere, begehe ein „schweres Verbrechen gegen das christliche Gewissen“ (eine Formulierung, die auf Regime bezogen sein dürfte, die sich auf ihre Christlichkeit zu berufen pflegen). In zunehmendem Maße schrecke man nicht davor zurück, Leib und Seele von Gefangenen nicht wieder gutzumachenden Schaden zuzufügen. Die Kirche dürfe demgegenüber nicht tatenlos bleiben, zumal angesichts immer raffinierterer und versteckterer Foltermethoden.

Offensichtlich unter Anspielung auf die Sowjetunion sprach der Papst auch die Indienstnahme der Psychiatrie für die politische Unterdrückung an. Man dürfe es nicht mit Schweigen übergehen, wenn politische Oppositionelle Geisteskranken gleichgestellt werden, „wodurch ihren Leiden noch ein anderes und noch schlimmeres Motiv der Bitterkeit hinzugefügt wird“. Bemerkenswert an den Äußerungen des Papstes zur Folter ist nicht zuletzt der Umstand, daß sie in zeitlicher Nähe zu ähnlichen Erklärungen des *Ökumenischen Rates* liegen, dessen Zentralausschuß im August letzten Jahres die epidemische Verbreitung der Folter geißelt hatte (vgl. HK, September 1977, 437f.).

Friedenshoffnung für Nahost

Es fiel auf, daß der Papst im Kontext Gewalt und innerer Friede die Situation in Italien nicht direkt ansprach (das taten die italienischen Bischöfe mit einem Aufruf zur inneren Befriedung des zerrissenen Landes [vgl. *Osservatore Romano*, 25. 12. 77] sowie der Generalvikar des Papstes für das Bistum Rom, Kardinal *Ugo Poletti*, mit einem ähnlich lautenden Appell [vgl. *Osservatore Romano*, 12. 1. 78]). Dagegen boten die zeitgeschichtlichen Umstände die Möglichkeit zur unmittelbaren Konkretion der Friedenswünsche und -hoffnungen.

In den Mittelpunkt der Weihnachtsbotschaft stellte der Papst die „konkrete Hoffnung auf Frieden“ für den Nahen Osten, die gerade am Weihnachtstag durch die Begegnung von Ministerpräsident *Begin* und Staatspräsident *Sadat* auf ägyptischem Boden neue Nahrung erhalten hatte. Auch vor den Kardinälen würdigte der Papst die „mutigen, wenn nicht sogar gewagt erscheinenden Initiativen“ beider Seiten und sprach die Hoffnung aus, sie mögen einen Prozeß auslösen, an dessen Ende dank der Weisheit und des guten Willens aller Verantwortlichen sich Lösungen ergeben, „die der Gerechtigkeit und Billigkeit sowie politischer Weitsicht entsprechen, und außerdem menschlicher Sensibilität, welche Größen allein die komplexen und in sich oft widersprüchlichen Forderungen, Erwartungen und Interessen in zuträglicher Weise ausgleichen können“.

Ähnlich äußerte sich der Papst gegenüber dem israelischen Außenminister *Moshe Dayan*, den er am 12. Januar in Privataudienz empfing. Dayan machte seine Visite im Vatikan im Rahmen eines politischen Besuchs in Italien, wobei aber der eigentliche Zweck seines Romaufenthaltes das Gespräch mit dem Papst gewesen sein dürfte (vgl. *Il Giornale*, 13. 1. 78). Seit dem von erheblichen Mißklängen begleiteten Besuch der damaligen Ministerpräsidentin *Golda Meir* beim Papst (vgl. HK, März 1973, 119ff.) hat sich das Verhältnis zwischen Israel und dem Vatikan einigermaßen normalisiert, was auch durch den direkten Kontakt mit dem israelischen Staatsoberhaupt in Sachen Begnadigung des melkitischen Erzbischofs *Capucci* (vgl. HK, Dezember 1977, 640) zum Ausdruck gekommen ist.

Im Unterschied zum Besuch von *Golda Meir* verlief die Audienz für Dayan ausgesprochen harmonisch. Sie war am Nachmittag vor der Begegnung noch durch ein überraschendes Gespräch des israelischen Außenministers mit Erzbischof *Agostino Casaroli*, vorbereitet worden, was dafür spricht, daß man auf beiden Seiten be-

müht war, eine Verstimmung wie 1973 auf jeden Fall zu vermeiden. In den kurzen Reden des Papstes und Dayans nach der einstündigen Audienz schlug sich die Verbesserung des Verhältnisses deutlich nieder (vgl. Osservatore Romano, 13./14. 1. 78). Paul VI. bat seinen Gast, dem israelischen Volk und – auch das wohl eine bewußt freundliche Geste – seiner Regierung des Papstes „tief empfundene Wünsche für den Frieden“ zu übermitteln. Der Papst würdigte die Friedensinitiativen Israels und Ägyptens und sprach die Überzeugung aus, daß die jetzt begonnenen Verhandlungen zu Lösungen führen können, die dem Verlangen aller Völker der Region nach Sicherheit und Gerechtigkeit entsprechen und das Fundament für eine friedliche Zukunft bilden können.

In bezug auf *Jerusalem* und die Heiligen Stätten äußerte Paul VI. die Erwartung, daß die Vorschläge des Heiligen Stuhls berücksichtigt werden (seit geraumer Zeit ist der Vatikan von

der seit 1947 erhobenen, aber längst illusorisch gewordenen Forderung nach Internationalisierung Jerusalems unter UN-Aufsicht abgegangen und intendiert jetzt einen international garantierten Sonderstatus, der allen in Jerusalem lebenden Religionsgemeinschaften gleiche Rechte zusichern soll). Jede mögliche Lösung müsse den besonderen religiösen Charakter Jerusalems wahren. In seiner kurzen improvisierten Antwort dankte Dayan dem Papst für die empfangene Ermunterung („wir können sie brauchen“) und für die Bereitschaft, entsprechend seinen Möglichkeiten allen betroffenen Parteien bei ihrer Suche nach Frieden behilflich zu sein.

Wie begrenzt auch immer der Spielraum für vatikanische Aktivitäten auf diesem Sektor sein mag, der positiv verlaufene Besuch des israelischen Außenministers fügt sich gut ins Bild der päpstlichen Friedensmahnungen zum Ende des vergangenen und zum Beginn des neuen Jahres. H. G. K.

Die Haltung des Episkopats in Polens Krise

In Polen herrscht zur Zeit ein seltener Gleichklang zwischen Partei und Kirche. Mit fast identischen Worten ermahnen Primas Kardinal Wyszyński und Parteichef Edward Gierek ihre Landsleute zur Überwindung von Lasten wie Alkoholismus, Bestechung, Großmannssucht und Arbeitsschlendrian. In seinem Referat zur zweiten Landesparteiikonferenz am 9. November sprach Gierek von der Einheit der Nation und dem Streben nach guten Beziehungen des Staates zur Kirche, „Beziehungen, deren Inhalt das Zusammenwirken bei der Realisierung der großen nationalen Ziele und das Wohlergehen der Volksrepublik ist“.

Neues Verhältnis zur politischen Führung

Wyszyński hatte nur wenige Tage vorher in der überfüllten Warschauer Kathedrale seine Politik erläutert und

dem Staat die *Hilfe der über eine tausendjährige Erfahrung verfügenden Kirche* bei der moralischen Gesundung der Nation zugesagt. Voraussetzung dafür sei jedoch ein *weiterer Spielraum der gesellschaftlichen Freiheit für die Kirche*, vor allem die Wiederherstellung der kirchlichen Vereine und Gruppen, die Genehmigung einer authentischen katholischen Presse und die Möglichkeit, solche Bücher und Veröffentlichungen herauszugeben, die bei der „Arbeit der Moralisierung der Nation“ helfen würden. Wenn die Kirche wirklich helfen solle, könne sie nicht nur auf die Kanzel und den Religionsunterricht beschränkt sein, sondern müsse einen breiteren Aktionsradius haben.

Auch die *Ethik am Arbeitsplatz* gehöre zu den moralischen Normen, für die man nicht nur vor den Menschen, sondern auch vor Gott Rechenschaft ablegen müsse. Damit der Mensch sich mit

dem, was er tut, stärker identifiziert, müsse der Staat die Formen der Entfremdung abbauen. Dazu rechnete Wyszyński auch eine „übermäßige Zensur“. Sie desinformiere den Menschen, da er nicht wisse, wie die Dinge stehen, fühle er sich oft nicht für sie verantwortlich.

In der Warschauer Predigt, die eine *Erläuterung der Begegnung von Parteichef Gierek mit dem Papst* vom 1. Dezember 1977 sein sollte, kam Wyszyński auch wieder auf die Forderung nach einer Anerkennung des öffentlich-rechtlichen Status der Kirche zurück. Diese Frage habe bei den jüngsten Gesprächen zwischen dem Vatikan und dem Staat und dem polnischen Episkopat und dem Staat eine erhebliche Rolle gespielt. Vor dem Kriege hatte die römisch-katholische Kirche in Polen einen öffentlich-rechtlichen Status.

Nach seiner *schweren Krankheit*, deren Folgen man ihm noch immer ansieht, war der Primas am 8. November nach Rom gereist. Er hatte dort vor und nach der Gierek-Audienz Gespräche mit dem Papst. Die Warschauer Dreikönigs-Predigt ist eine Erläuterung der Rede, die der Papst bei der Gierek-Audienz am 1. Dezember gehalten hat. Die Thematik der von vielen polnischen Zeitungen im Wortlaut abgedruckten Rede war vermutlich mit den polnischen Bischöfen abgesprochen. Paul VI. hatte dem Parteichef gesagt:

„Wir sind überzeugt, auch heute offen versichern zu können, daß die Kirche bereit ist, für die polnische Bevölkerung einen positiven Beitrag zu leisten. Das wünschen wir, und dazu sind wir besonders befähigt, vor allem, wenn es um die Erziehung zur Achtung der moralischen Werte geht und darunter der Werte, die die gesellschaftliche Ethik betreffen sowie die Opferbereitschaft im Zusammenwirken für das gemeinsame Wohl, in der Arbeit und im freien persönlichen Einsatz für die wirkliche und volle Entwicklung des Landes... Die katholische Kirche bitet nicht um Privilegien für sich, sondern allein um das Recht, sie selbst zu bleiben und darum, daß sie ohne Hindernisse ihre Tätigkeit entwickeln